

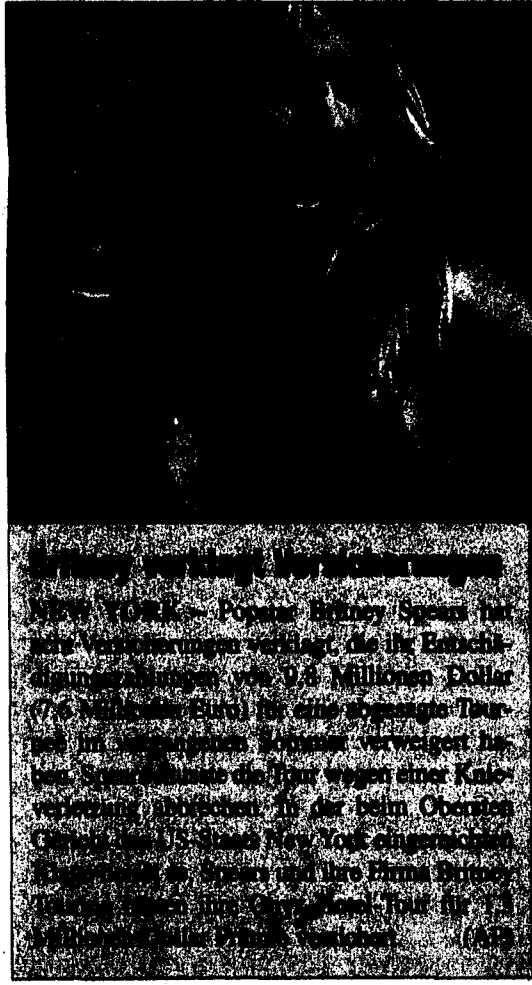
VOLKSBLATT | SPLITTER

10 000 Jahre alte Höhlenbilder entdeckt

LONDON - In einer Höhle in der britischen Grafschaft Somerset sind Gravuren entdeckt worden, deren Alter auf 10 000 Jahre geschätzt wurde. Jill Cook vom Britischen Museum in London sprach am Montag von einem bedeutenden Fund, von dem man einen interessanten Einblick in frühe Formen der Kommunikation gewinnen könne. Die Eingravierungen in der Aveline-Höhle im Südwesten Englands bestehen aus einer Serie von Kreuzen und Linien, wie sie aus jener Epoche kurz nach dem Ende der letzten Eiszeit auch in Deutschland, Dänemark und Nordfrankreich entdeckt wurden. Cook zufolge könnte es sich um eine Art Signatur handeln. (AP)

Grösster Ecstasy-Pillen-Fund

DENDERMONDE/BRÜSSEL - Der belgischen Polizei ist nach eigenen Angaben ihr grösster Drogenfund aller Zeiten gelungen. Drei Millionen Ecstasy-Pillen fanden die Beamten bei einer Routinekontrolle im Auto zweier mutmasslicher Drogenschmuggler. Ein Richter in Dendermonde erliess am Dienstag Haftbefehl gegen die beiden Briten, die jede Verwicklung in Rauschgiftgeschäfte bestreiten. Nach Angaben des flämischen Radiosenders VRT hat die Ware einen Strassenverkaufswert von fünf Millionen Euro (rund 7,8 Mio. Franken); in Grossbritannien könne der Verkauf sogar fünf Mal so viel einbringen. (sda/dpa)



ANZEIGE
Wiedererfinden Sie als Abonnement von Vorzugspreisen

«Zeit für ein neues Kapitel»

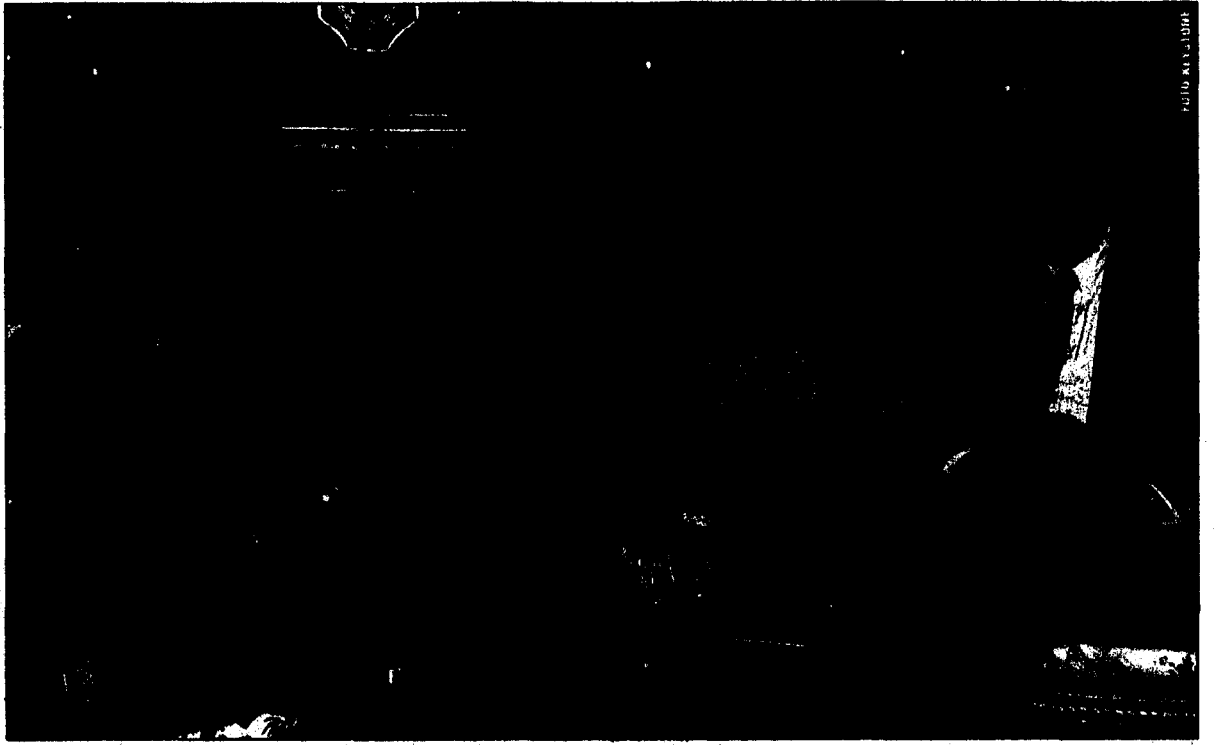
Antrittsbesuch von US-Aussenministerin Condoleezza Rice in Frankreich

PARIS - Bei ihrem Antrittsbesuch in Frankreich hat US-Aussenministerin Condoleezza Rice auf einen Neubeginn der transatlantischen Beziehungen gedrängt. Nach dem Streit um den Irakkrieg müsse nun «ein neues Kapitel» in den Beziehungen aufgeschlagen werden.

Die gemeinsamen Werte der USA und Europas hätten es schon in der Vergangenheit ermöglicht, Tyrannei abzuschaffen und Freiheit und Demokratie zu fördern, sagte die Aussenministerin am Dienstag in einer Grundsatzrede zum transatlantischen Verhältnis in Paris. US-Präsident Bush sei entschlossen, die Beziehungen zwischen Amerika und Europa zu stärken. «Unsere grössten Leistungen liegen noch vor uns», sagte Rice im Auditorium des angesehenen Pariser Instituts für politische Studien (IPE-Sciences Po). Diejenigen Länder, «die auf der richtigen Seite, der Freiheit» stehen, haben nach Rice die Verpflichtung, den anderen Ländern auf ihrem Weg zur Freiheit zu helfen. Die USA und Europa sollten also prüfen, wie sie die Macht ihrer Partnerschaft einsetzen könnten, um die gemeinsamen Ideen weiter voranzubringen.

Treffen mit Fini und Chirac

Rice traf im Rahmen ihrer Europareise am Dienstagnachmittag in



Für einen «konstruktiven Dialog» mit den Vereinigten Staaten: Der französische Staatspräsident Jacques Chirac mit US-Aussenministerin Rice beim gestrigen Treffen in Paris.

Paris ein. Am Abend traf sie mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zusammen. Chirac sprach sich für einen «konstruktiven Dialog» mit den Vereinigten Staaten aus.

Frankreich messe der «bilateralen Zusammenarbeit eine grosse Bedeutung» bei, sagte Chirac während des Gesprächs, wie der Elysée-Palast mitteilte. Nach dem Gespräch mit Chirac traf Rice mit

Aussenminister Michel Barnier zusammen.

Zuvor hatte sich Rice in der italienischen Stadt Rom aufgehalten. Nach einem Treffen mit ihrem Amtskollegen Gianfranco Fini sagte sie, die USA verfolgten im Irak derzeit keine Rückzugspläne.

«Wir haben niemals von einer Strategie des Rückzugs gesprochen, sondern von einer Strategie des Erfolgs», sagte Rice. Fini betonte, De-

mokratie könne den Irakern nicht aufgezwungen werden, sondern müsse «von unten entstehen».

Rom hatte den Irak-Krieg unterstützt, obwohl die Mehrheit der Italiener gemäss Umfragen dagegen war. Geplante Treffen von Rice mit Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi und dem Papst mussten gestrichen werden, weil Berlusconi und Johannes Paul II. erkrankt waren. (sda/dpa/afp/reuters)

Neue Hoffnung auf Frieden

Scharon und Abbas verkünden Waffenruhe - Hamas will weiterkämpfen

SCHARM EL SCHEICH - Neue Hoffnung auf einen Frieden im Nahen Osten: Israel und die Palästinenser haben am Dienstag eine Waffenruhe verkündet. Die Vereinbarung von Scharm el Scheich wurde international begrüsst.



Israels Premier Ariel Scharon, links, und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas.

«Wir haben einen Stopp aller Gewalttaten vereinbart», sagte der palästinensische Präsident Mahmud Abbas nach dem Treffen mit Israels Premier Ariel Scharon. Dies sei der Beginn einer neuen Ära, betonte Abbas an einem runden Tisch, an dem auch Ägyptens Präsident Husni Mubarak als Gastgeber und Jordaniens König Abdullah sass.

Scharon erklärte: «Die Palästinenser werden die Gewalt gegen Is-

raelis überall stoppen, Israel wird die Militäraktionen gegen Palästi-

nenser überall beenden.» Israel habe die ehrliche Absicht, den Palästinensern ein Leben in Freiheit und Unabhängigkeit zu ermöglichen. Er lud Abbas auf seine Farm in der Negev-Wüste ein.

Beide Seiten bekräftigten aber auch bekannte Forderungen. So pochte Scharon erneut auf eine Zerschlagung terroristischer Infrastruktur. Abbas seinerseits nannte offene Konfliktpunkte wie die israelische Siedlungspolitik.

Trotzdem hoffen beide Seiten, dass die seit vier Jahren anhaltende Gewalt nun beendet ist. Seit Beginn des zweiten Palästinenseraufstandes im Jahr 2000 kamen etwa 3350 Palästinenser und 970 Israelis ums Leben. (sda/dpa/afp/reuters)

Türkei muss zahlen

Verstoss gegen Menschenrecht

STRASSBURG - Die Türkei hat mit der Verurteilung eines kurdischen Autors zu einem Jahr Gefängnis gegen das Recht auf freie Meinungsäusserung verstossen. Zu diesem Schluss kam am Dienstag der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg.

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof gab dem 72-jährigen Verfasser eines 1996 veröffentlichten Essays Recht, in dem dieser über die blutige Unterdrückung von Kurden im Osten der Türkei geschrieben hatte. Der Gerichtshof wies zugleich die Regierung in Ankara an, dem Kläger 7500 Euro (rund 12 000 Franken) Schadensersatz zu zahlen. In dem Essay hat-

te der Autor Zeitungsartikel zitiert, in denen unter anderem von der «Gründung eines Kurdenstaates» die Rede war. Daraufhin wurde er von einem so genannten Staatsgerichtshof wegen «separatistischer Propaganda» zu einem Jahr Haft und einer Geldbusse verurteilt. Dies wertete der Strassburger Gerichtshof als unangemessen, zumal der Autor weder zu Gewalt noch zu Hass aufgerufen habe. Zudem rügte er die Verurteilung als Verstoss gegen das Recht auf ein faires Verfahren, weil das Gericht nicht unparteiisch gewesen sei. Den türkischen Staatsgerichtshöfen gehörten damals noch Militärrichter an. Dies wurde abgeschafft. (sda)

Kein fideles Rauchen mehr auf Kuba

HAVANNA - Schlechte Zeiten für die Freunde der Havanna-Zigarre: In Kuba ist am Montag ein Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen in Kraft getreten. Dieses gilt insbesondere für Restaurants - es sei denn, es werden spezielle Raucherzonen errichtet. Zu etwaigen Sanktionen bei Verstössen äussert sich das neue Gesetz allerdings nicht. Gleichzeitig werden den Bestimmungen zufolge sämtliche Zigarettenautomaten entfernt und keine Tabakwaren mehr an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren verkauft. Auch darf es im 100-Meter-Umkreis

von Schulen keine Tabakläden mehr geben. Die kubanische Regierung will damit nach eigenen Angaben der Erkenntnis Rechnung tragen, dass Tabakgenuss die Gesundheit schädigt. Amtlichen Statistiken zufolge rauchen 40 Prozent aller Kubaner, und bei 30 Prozent aller Todesfälle infolge von Krebs hat das Rauchen eine Rolle gespielt. (AP)

